

Vortrag

des Regierungsrates zu Handen des Grossen Rates

betreffend Bewilligung eines Nachkredites im Zusammenhang mit den Personalkosten der Staatsanwaltschaft

1. Gegenstand

Das Controlling des Amtes für Betriebswirtschaft und Aufsicht der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) zeigt auf, dass der Budgetkredit auf der Kontengruppe 304 (Personalversicherungsbeiträge) bzw. im Konto 304000 (Arbeitgeberbeiträge an die Bernische Pensionskasse) überschritten wird. Der Grund dafür liegt hauptsächlich darin, dass die Verdiensterhöhungsbeiträge auf dem Konto 304000 höher ausfielen als budgetiert. Dies ist auf die im Jahre 2010 vorgenommenen Neueinreihungen sowie einmalige Einkäufe in die Bernische Pensionskasse (BPK) zurückzuführen. Weiter hat die Verwaltungskommission der BPK Ende August 2009 entschieden, an der Senkung des technischen Zinssatzes von 4,0 auf 3,5 Prozent festzuhalten. Dies bedingt eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge um 2,2 Prozent. Daher wurde beschlossen, per 1. Januar 2010 die Beiträge für die Versicherten um 0,8 Prozent und jene für die Arbeitgeber um 1,4 Prozent zu erhöhen. Der Regierungsrat hat diesem Vorgehen mit Beschluss Nr. 2052/2009 vom 2. Dezember 2009 zugestimmt. Diese Erhöhung war für 2010 nicht budgetiert und belastet das Konto 304000. Weiter wurde die Kontengruppe 304 durch den Budgetkorrekturfaktor von 2.0% (CHF 6'979.00) belastet.

Die Kompensation wird betriebsintern auf dem Konto 301000 (Gehälter des Verwaltungs- und des Betriebspersonals) vorgenommen. Auf diesem Konto sind nicht alle Mittel ausgeschöpft worden, weil nicht alle Stellen wie geplant besetzt worden sind.

2. Rechtsgrundlage

- Artikel 43, 47, 48 Abs. 1 Bst. a, 57, 85 FLG
- Artikel 4 Dekret über die Besondere Rechnung der Gerichtsbehörden
- Artikel 106 Absatz 1, 108 GOG
- Artikel 11 OrV JGK.

3. Konti und Kreditsummen und Einsparung

IDB-Nr.	Kontobezeichnung	Voranschlagskredit CHF	Nachkredit CHF	Kompensation CHF
1065 STAW	Personalversicherungsbeiträge (304)	397'382.00	134'392.90	
1065 STAW	Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals (301000)			134'392.90

4. Kreditart und Jahr

Nachkredit für das Jahr 2010.

5. Mitbericht der Finanzdirektion

Die Finanzdirektion hat dem vorliegenden Nachkreditgeschäft zugestimmt.

6. Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

Keine.

7. Auswirkungen auf die Gemeinden

Keine.

8. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dem Nachkredit zuzustimmen.

Allfällige Rückfragen zu diesem Geschäft sind an Herrn Simon Liechti, Vorsteher Abteilung Personal und Logistik JGK, Tel. 031 633 76 12, zu richten.

Der Justiz-, Gemeinde- und
Kirchendirektor

Christoph Neuhaus, Regierungsrat

Bern, 27. Januar 2011